

Sitzung vom 7. Februar 1996

401. Anfrage (Lehrstellenangebote in der kantonalen Verwaltung)

Die Kantonsrätinnen Susanna Rusca Speck und Emy Lalli Ernst, Zürich, haben am 6. November 1995 folgende Anfrage eingereicht:

Für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung eines jungen Menschen ist die Integration in die Berufs- und Arbeitswelt von entscheidender Bedeutung. Eine geregelte Berufsausbildung mit einem anerkannten Abschluss bietet dafür die Grundlage. Die Zahl der gemeldeten offenen Lehrstellen ist im Kanton Zürich innerhalb eines Jahres um 13% zurückgegangen. Die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger sowie diejenige der potentiellen Lehrlinge steigen hingegen an.

Die Auswahl bei der Berufswahl ist erstmals seit langem deutlich eingeschränkt. Die Zahl der schulischen oder vorbereitenden Zwischenlösungen (10. Schuljahr, d. h. Werkjahr, Berufswahlschulen usw.) steigt.

Die heutige Lehrstellensituation trifft schwächere Schülerinnen und Schüler ungleich härter. Das Angebot an Anlehrstellen ist deutlich zurückgegangen. Besonders betroffen sind schlecht qualifizierte Schulabgängerinnen und -abgänger, Ausländerinnen und Ausländer mit schlechten Deutschkenntnissen, junge Frauen, Jugendliche mit Anpassungsproblemen und Verhaltensauffälligkeiten.

Wir fragen den Regierungsrat deshalb an:

1. Wie viele Lehr- und Anlehrstellen bietet der Kanton Zürich 1995 an?
2. Wie war die Entwicklung in den letzten zehn Jahren?
3. Welche Berufslehren und Anlehrstellen werden in der kantonalen Verwaltung und in Betrieben des Kantons Zürich angeboten?
4. Welche schulischen Anforderungen werden an die Lehrlinge gestellt, die bestehenden Lehrstellen zu besetzen?
5. In welchem Verhältnis sind die bestehenden Ausbildungsgänge zwischen Mädchen und Knaben aufgeteilt?
6. Wie gedenkt der Regierungsrat dem zunehmenden Abbau an Lehrstellenangeboten für schwächere Schülerinnen und Schüler zu begegnen?
7. Sieht der Kanton Möglichkeiten, neue und mehr Lehr- und Anlehrstellen anzubieten?
8. Wie gedenkt der Regierungsrat zu reagieren auf die beiden gegenläufigen Entwicklungen (Zunahme der Schulabgängerzahlen/Rückgang der Lehrstellen) und deren Auswirkungen auf die Schul- und Berufswahlsituation der Jugendlichen?

Auf Antrag der Direktion der Finanzen

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Susanna Rusca Speck und Emy Lalli Ernst, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

1. In der kantonalen Verwaltung bestehen gemäss Erhebung vom Dezember 1995 insgesamt 896 Lehrverhältnisse: 594 innerhalb der Direktion des Gesundheitswesens, 92 bei der Direktion der Volkswirtschaft, 74 bei der Direktion der Finanzen, 37 bei der Direktion des Erziehungswesens, 3 bei der Direktion der öffentlichen Bauten und 96 bei Gerichten/Notariaten.

2. Gegenüber 1985, als die Personalstatistik noch 484 Lehrverhältnisse auswies, hat sich die Vergleichszahl 1995 um 85% erhöht. 1986 war ein Tiefstand (434) und 1991/92 ein Zwischenhoch zu verzeichnen (778/864). Dieses war auf das Langschuljahr infolge Wechsels von Lehrbeginn bzw. Lehrabschluss vom Frühling auf den Herbst zurückzuführen. Die Schwankungen von 1993 mit 783 und 1994 mit 657 Lehrverhältnissen zeigen ebenfalls noch Auswirkungen dieser Umstellung. In der Verwaltung hat insgesamt kein Abbau, sondern im Gegenteil ein Ausbau von Lehrstellen stattgefunden.

3. Die vielfältigen Aufgaben der kantonalen Verwaltung und ihrer Betriebe erlauben ein breites Spektrum von Lehrberufen:

- Im Gesundheitswesen betrifft dies vor allem Pflegeberufe (wie Krankenschwester, Krankenpfleger, Pflegeassistent/in, Psychiatrisschwester, Psychiatriepfleger), medizinisch-technische und therapeutische Berufe (wie Ernährungsberater/in, medizinische/r Laborant/in, medizinisch-technische/r Radiologieassistent/in, technische/r Operations- und Notfallassistent/in, Orthoptist/in, Physiotherapeut/in), aber auch Berufe wie Kleinkinderzieherin, Koch, Diätkoch, Chemielaborant/in, zahnmedizinische Assistentin, Gärtner/in und Topfpflanzengärtner/in oder Elektromonteur. Die Schule für Physiotherapie am Universitätsspital (USZ) wird ab 1996 nur noch einen Kurs pro Jahr durchführen, da der Bedarf in Koordination mit der Schule am Stadtspital Triemli abgedeckt werden kann. 1995 wurde am USZ die Schule für Pflegeassistenten geschlossen; einerseits wird diese Massnahme durch ein USZ-spezifisches, bedarfsgerechteres Einführungsprogramm kompensiert, andererseits besteht ein ausreichendes Angebot an den fünf regional im Kanton verteilten Schulen für Pflegeassistenten, die auch für Zweit- und Teilzeitausbildung eingerichtet sind.
- Im Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität Zürich werden 20 Lehrtöchter zu Dentalassistentinnen und eine Lehrtochter zur Laborantin ausgebildet, und an den Fakultäten für Veterinärmedizin bzw. Philosophie II bestehen Lehrverhältnisse für tiermedizinische Praxisassistenten, Biogielaborant/in - Pharmabiologie, chemisch-technische/r oder medizinische/r Laborant/in sowie für zwei Maschinenmechaniker (Physik).
- Im Flughafen Zürich werden Automechaniker (leicht) und in Ausnahmefällen Automonteur mit Zusatzlehre zum Automechaniker ausgebildet. Es wird geprüft, ob allenfalls auch Lehrplätze für Gärtner, Schreiner und Elektriker geschaffen werden könnten.
- In der Lehrwerkstätte für Möbelschreiner der Baugewerblichen Berufsschule Zürich absolvieren 31 Schreiner und 9 Schreinerinnen ihre Lehre; in der Lehrwerkstätte für Damenschneiderinnen der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur sind es 37 angehende Damenschneiderinnen.
- An der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof wird ein Obstbauer ausgebildet, und es besteht die Möglichkeit, die Jahresschule für Landwirte zu besuchen; die Landwirtschaftliche Schule Wetzikon bietet eine Anlehre an für schwache Schülerinnen und Schüler.
- In der Staatskellerei wird ein Weintechnologe ausgebildet. In den Staatsforstbetrieben bestehen 13 Lehrverhältnisse für Forstwärter; dabei ist auch die Möglichkeit geboten zur Anlehre als Forstarbeiter.
- Im Tiefbauamt werden alle zwei Jahre zwei Lehrstellen für Tiefbauzeichner/innen besetzt.
- Schliesslich bieten die Notariate sowie die Bezirksgerichte Dielsdorf und Hinwil für 96 Jugendliche Notariats- bzw. KV-Lehrplätze an.
- Die Finanzdirektion beschäftigt (gemäss § 51 AVO) ständig zwischen 70 und 80 (zurzeit 74) Jugendliche in KV- und Bürolehre (Branche «kantonale Verwaltung») innerhalb der Zentral- und Bezirksverwaltung (einschliesslich Gerichten), wobei die Ausbildung im Rotationssystem erlaubt, dass während der Lehre mehrere Verwaltungsabteilungen kennengelernt werden.

4. Einige Berufe im Gesundheitswesen, vor allem aber handwerkliche Berufe und Anlehen stehen auch Kandidatinnen und Kandidaten mit Ober- und/oder Realschule offen. Überall dort, wo die Zulassungsbedingungen es erlauben, bevorzugen verantwortungsbewusste Lehrmeisterinnen, Lehrmeister und Lehrlingsverantwortliche im Hinblick auf die berufsspezifischen Anforderungen der entsprechenden Schulen und Ausbildungsstätten so-

wie bezüglich des Anforderungsprofils eines bestimmten Berufsbildes in der Regel diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die von den persönlichen Fähigkeiten und Neigungen, aber auch von den schulischen Voraussetzungen her am besten geeignet sind. Nur so lässt sich demotivierende Unter- bzw. Überforderung vermeiden.

5. Von den insgesamt 896 Lehrverhältnissen werden 628 (70%) von jungen Frauen belegt. Fast drei Viertel (456) stellen dabei die Berufe im Gesundheitswesen. In den kaufmännischen Lehren erreichen die jungen Männer 43%.

6. Innerhalb der Verwaltung ist kein Abbau von Lehrstellenangeboten für schwächere Schülerinnen oder Schüler festzustellen. Der Trend mag generell allenfalls für kurze Ausbildungen im Bürobereich zutreffen, wo die Anstellungschancen nach Lehrabschluss für Absolventinnen und Absolventen der Bürolehre in der heutigen Wirtschaftslage eher gering sind. Es sind aber nach wie vor die Berufslehreabschlüsse rückläufig (gesamtschweizerisch 1994 5% weniger als 1993). Dieser kontinuierliche Rückgang ist seit 1985 festzustellen. Die Sogwirkung der Mittelschule ist spürbar. Die handwerklichen und industriellen Berufe konnten wieder etwas zulegen, haben aber Mühe, die geeigneten Bewerberinnen und Bewerber, d. h. solche mit den erwünschten schulischen Voraussetzungen, zu finden. In der öffentlichen Diskussion wird das duale Berufsbildungssystem zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber auf Reformbedarf hinterfragt: Das Biga hat für diese Analyse und die Erarbeitung ganzheitlicher Konzepte drei Studien in Auftrag gegeben. Eine ähnliche Untersuchung - für die kaufmännischen Berufe - läuft gegenwärtig unter dem Patronat des SKV. Auch andere Verbände entwickeln zurzeit Modelle zur Hebung der Attraktivität der Lehre und zu ihrer Anpassung an die Bedürfnisse der modernen Arbeitswelt. Ebenso diskutieren verantwortliche und interessierte Gremien aus Politik, Wirtschaft und Bildungswesen auf Bundes- und Kantonsebene über notwendige Reformen der Berufsbildung. Vor allem sollen Einstiegsbarrieren geöffnet werden. Einerseits kann der Einstieg in eine Lehre heute durch ein breites Angebot an sogenannten Zwischenlösungen erleichtert werden, andererseits werden Konzepte von Vorlehren erprobt, die schwächere Schulabgänger während eines Jahres an die ordentliche Berufslehre heranführen. Für fremdsprachige Jugendliche werden Integrationskurse angeboten, die der sozialen Integration dienen und auf die Berufslehre und die Arbeitswelt vorbereiten. Die von der Abteilung Berufspädagogik/Amt für Berufsbildung verwirklichte «Anlehre Plus» ist ebenfalls eine Massnahme zur Integration und Ausbildung von fremdsprachigen Jugendlichen und soll mit Hilfe des Kantonalen Gewerbeverbandes bis 1997 zur Schaffung von 200 zusätzlichen Ausbildungsplätzen führen. Einen anderen Weg zeigt der Pilotversuch einer kaufmännischen Gesamtlehre (KGL) auf, den die Handelsschule des KV Zürich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und mit Unterstützung auch der kantonalen Verwaltung durchführt: Anstelle der zweijährigen Bürolehre mit allfälliger zweijähriger Zusatzlehre bis zum KV-Abschluss wird ein gesamtheitlich konzipierter Lehrgang angeboten, der sich ebenfalls über vier Jahre erstreckt und zum Fähigkeitsausweis für «Kaufmännische Angestellte» führt, aber die besondere (Lern-)Situation schwächerer Schüler methodisch-didaktisch berücksichtigt. Dadurch sollen die Berufschancen auch dieser Schülergruppe verbessert werden.

Solche Massnahmen sind grundsätzlich zu unterstützen. Deshalb wird auch im Rahmen der «Effort-» bzw. «Effort-Folgeprogramme» auf einen Lehrstellenabbau verzichtet. Insbesondere wird aber darauf geachtet, dass die innerhalb der Verwaltung ausgebildeten Jugendlichen nach dem Lehrabschluss nicht arbeitslos werden.

7. Die meisten Lehrstellenangebote der Verwaltung werden heute voll ausgeschöpft. Es gibt aber Bereiche, die mangels genügender oder geeigneter Bewerber und Bewerberinnen nicht alle Stellen besetzen können. Dies ist der Fall bei den Psychiatrieschwestern und -pflegern der Psychiatrischen Universitätsklinik, bei der Lehrwerkstätte der Damenschneiderinnen an der Berufsschule Winterthur, am Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität und vor allem bei Berufen in der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Schulen in Wülflingen und Wetzikon haben aus diesem Grunde beschlossen, auf die Anstellung von Lehrlingen zu verzichten, um private Lehrmeister nicht zu konkurrenzieren.

8. Die Schulabgängerzahlen waren in den letzten Jahren rückläufig und werden laut Prognosen 1995 ihren Tiefststand erreichen, so dass ab 1996 wieder mit einer ansteigen-

den Kurve zu rechnen ist. Prognostiziert wird für die nächsten Jahre eine Zunahme von 15 bis 20%. Jugendliche, die nach dem Volksschulabschluss keine Berufs- oder weiterführende Ausbildung absolvieren, gehen hohe Arbeitsmarktrisiken ein und laufen Gefahr, früher oder später die Soziallast zu vermehren. Deshalb liegt es im volkswirtschaftlichen Interesse, dass sich der Anteil von 15% der Jugendlichen, die keine Ausbildung abschliessen, zumindest nicht erhöht. Eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe «Übergang Volksschule - Berufslehre» analysiert den Lehrstellenmarkt, ortet regionale und sektorielle Engpässe, prüft und koordiniert einschlägige Massnahmen. In den meisten Bezirken bereiten Berufsberatungen «SOS-Lehrstellenbörsen» vor. Damit soll der Lehrstellenmarkt optimal ausgeschöpft und die Motivation von Betrieben, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, erhöht werden. Zurzeit beteiligen sich nur 25% der Betriebe an der Lehrlingsausbildung. Grosse Bedeutung wird auch dem Ausbau und der Koordination des Lehrstellennachweises beigegeben. Die Zentralstelle für Berufsberatung, das Amt für Berufsbildung und der Kantonale Gewerbeverband arbeiten an einer gemeinsamen, kostengünstigen Lösung.

Die kantonale Verwaltung als eine Arbeitgeberin neben vielen sieht sich in diesem Zusammenhang mit den gleichen Problemen konfrontiert wie jedes andere Unternehmen. Der Berufsausbildung generell und dem dualen Ausbildungssystem insbesondere misst sie einen sehr hohen Stellenwert bei. Als Arbeitgeberin will auch die kantonale Verwaltung in der Berufsbildung eine sozial verantwortliche Leistungserbringerin bleiben, die zur wechselseitigen Ergänzung der Ausbildung im Schulunterricht und am Arbeitsplatz beiträgt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates, das Obergericht sowie an die Direktion der Finanzen.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi